

**Nr. 15/100**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Verschleierung von Identitäten  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 6. Oktober 1999  
(Drucksache 15/70)  
  
D a z u  
  
Mitteilung des Senats vom 9. November 1999  
(Drucksache 15/104)
2. Auswirkungen der Liberalisierung der Energiewirtschaft auf das Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 12. Oktober 1999  
(Drucksache 15/72)
3. Tributylzinn-Belastungen (TBT) in Bremer und Bremerhavener Wassersport-  
häfen  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 14. Oktober 1999  
(Drucksache 15/79)
4. Bewertung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und  
Schülern durch so genannte Kopfnoten  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 25. Oktober 1999  
(Drucksache 15/89)
5. Schutzimpfungen im Lande Bremen  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 25. Oktober 1999  
(Drucksache 15/90)

**Nr. 15/101**

**Vorläufige Einschätzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im Verfah-  
ren „Länderfinanzausgleich“ vom 11. November 1999**

Mitteilung des Senats vom 16. November 1999  
(Drucksache 15/109)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/102

### **Zukunft Bremens im föderalen Finanzausgleich sicherstellen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 17. November 1999  
(Neufassung der Drs. 15/114 vom 16.11.99)  
(Drucksache 15/116)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 11. November 1999 zum Länderfinanzausgleich dem Angriff der klagenden Länder auf den Föderalismus und den einvernehmlich geschlossenen Solidarpakt eine deutliche Absage erteilt hat.

Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht auch klargestellt, dass das derzeit geltende Finanzausgleichsgesetz als Übergangsrecht nur noch bis Ende 2004 anwendbar ist. Der Gesetzgeber auf Bundesebene ist aufgefordert, bis zum 1. Januar 2003 ein Maßstäbengesetz zu verabschieden, welches die unbestimmten Begriffe im Steuerverteilungs- und Ausgleichssystem des Grundgesetzes konkretisiert und ergänzt.

Das Land Bremen ist hierbei besonders gefordert, sich an der politischen Überprüfung und Neugestaltung des föderalen Finanzausgleichssystems zu beteiligen. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass zeitgleich zu einem veränderten föderalen Finanzausgleichssystem auf Bundesebene auch die Haushaltssanierung der Landes Bremen abgeschlossen sein muss.

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Begründungen für die Sonderbelastungen Bremens im horizontalen Finanzausgleich sind herauszuarbeiten. Die Seehafenlasten können bereits heute aufgrund vorliegender Gutachten und detaillierter jährlicher Aufrechnungen belegt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass zur Überprüfung der Einwohnerwertung eine Aktualisierung des IFO-Gutachtens erfolgt. Eine auf dieser Grundlage ermittelte Überprüfung der Einwohnerwertung kann durchaus bestätigen, dass die Einwohnerwertung aufgrund der Strukturunterschiede zu den Flächenländern für die Stadtstaaten inzwischen erhöht werden müsste.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass in der Reformdiskussion und den Verhandlungen mit den anderen Ländern die weiteren Anliegen Bremens Berücksichtigung finden. Aus Sicht der Bürgerschaft (Landtag) gehören hierzu die Fragen der Steuerverteilung nach dem Wohnortprinzip ebenso wie die überproportionale Belastung der Stadtstaaten durch Sozialhilfelasten.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat eine angemessene Beteiligung von Parlamentariern sicherstellt.

## Nr. 15/103

### **Fragestunde**

1. Pläne der Bundesregierung für eine Reduzierung des Bahnnetz-Ausbaus in Nordeutschland  
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 20. Oktober 1999
2. Blutspendebereitschaft  
Anfrage der Abgeordneten Almut Haker, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 25. Oktober 1999
3. Missglückte Ansiedlung der Firma Borsig-Rotortechnik  
Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Lemke-Schulte, Leo, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 25. Oktober 1999
4. TBT-haltige Farben an Sportbooten  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Oktober 1999

5. Förderung von ambulanten Pflegeeinrichtungen  
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Oktober 1999
6. Befürchtete Engpässe im Eisenbahngüterverkehr am Knotenpunkt Hannover durch verstärkte Schienenpersonenverkehre anlässlich der Expo 2000  
Anfrage der Abgeordneten Beckmeyer, Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 2. November 1999
7. Gesundheitsräume  
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 2. November 1999
8. Förderung von Dachbegrünungen  
Anfrage der Abgeordneten Uta Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 2. November 1999
9. TBT-Eintrag in die Lune aus der Baggergut-Pilotanlage  
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. November 1999
10. Griff in die Tasche der Pflegeversicherung  
Anfrage der Abgeordneten Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. November 1999
11. Norddeutsche Anstalt für Medienaufsicht  
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Helga Trüpel, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. November 1999
12. Bekämpfung des Drogenhandels  
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 10. November 1999
13. Konversionsförderung bei STN Atlas Elektronik  
Anfrage der Abgeordneten Birgit Busch, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 11. November 1999

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/104

### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Missglückte Ansiedlung Egerland/Daewoo auf dem ehemaligen Bremer Vulkan-Gelände.“**

## Nr. 15/105

**„Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher“ durch die SPD/Grüne Bundesregierung – Quantitative und qualitative Bilanz dieses Sonderprogramms für Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 28. September 1999  
(Drucksache 15/56)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 1999**

(Drucksache 15/87)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

### **Nr. 15/106**

#### **Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) sinnvoll weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 9. November 1999  
(Drucksache 15/101)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 15/107**

#### **Marketingbüro zur Förderung von Road-to-Sea-Verkehren**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 18. Oktober 1999  
(Drucksache 15/83)

1. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Einrichtung eines Marketingbüros nach niederländischem und belgischem Vorbild zur Förderung der Road-to-Sea-Verkehre das Ziel der Verlagerung von Transporten von der Straße auf das Wasser forciert. Das Marketingbüro soll zum einen Spediteure und Verloader über die Vorteile des Umstieges informieren und so die Verlagerung des Ferngüterverkehrs von der Straße auf das Wasser vorantreiben. Zum anderen soll es die Entwicklung innovativer Logistikkonzepte inklusive geeigneter technischer Lösungen (z. B. Wechselbehälter, Hafentechnik) fördern.

In die Prüfung sollen ebenso die Kosten und die Finanzierung eines solchen Büros einbezogen werden einschließlich der möglichen Beteiligung Dritter (Bund, Bundesländer).

2. Der Senat wird aufgefordert, sich bei den übrigen Küstenländern für abgestimmtes Vorgehen bei der Förderung von „Road to Sea“ einzusetzen.

### **Nr. 15/108**

#### **FFH-Gebietsmeldungen als Chance für europäischen Naturschutz**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 2. November 1999  
(Drucksache 15/95)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Umwelt und Energie (federführend) sowie für Wirtschaft und Häfen.

### **Nr. 15/109**

#### **Vereidigung von drei Mitgliedern des Staatsgerichtshofs**

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für

die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde.“

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten den Eid mit folgenden Worten:

Herr Prof. Dr. Eckart Klein: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Prof. Dr. Ulrich Preuß: „Das schwöre ich.“

Herr Prof. Dr. Alfred Rinke: „Das schwöre ich.“